Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

18 (22.1.1918)

Visual Library

No. 18. Karlsruhe, Dienstag den 22. Januar 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.10 M., ¼jährl. 3,30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M; durch die Post 1,24 M bezw. 3,72 M; durch die Feldpost 1,25 M bezw. 3,60 M, vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme ½9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Rückblick und Ausblick.

(Schluß.)

Auf dem Gebiete der badischen Politik hat sich in den letzten Monaten ein bedeutsamer Wandel vollzogen. Als auf dem letzten Landtag die sozialdemokratische Fraktion ihr politisches Aktionsprogramm präsentierte, verhielten sich die beiden großen bürgerlichen Parteien den von uns niedergelegten Forderungen gegenüber auffallend reserviert, während die Regierung sich überhaupt ablehnend verhielt. Mittlerweile haben sich die beiden großen bürgerlichen Parteien davon überzeugt, daß ein Teil von der Sozialdemokratie aufgestellten Reformforderungen sich nicht mehr länger zurückstellen lassen und auch innerhalb der Regierung konnte man sich dieser Notwendigkeit nicht mehr verschließen. Der Rücktritt des Staatsministers v. Dusch und die Ernennung des Herrn v. Bodman zum Staatsminister bedeutet sicher keinen Systemwechsel, aber daß politische Momente bei diesem Wechsel im Staatsministerium eine Rolle gespielt haben, unterliegt keinem Zweifel. Das Dreiklassenwahlrecht für die Gemeinden wird fallen, ebenso wird die Kreisverfassung eine zeitgemäße Umgestaltung erfahren. Die von den Nationalliberalen beantragte „Reform" der Ersten Kammer findet weder bei der Regierung noch beim Zentrum prinzipiellen Widerstand. Ob sie einen Fortschritt bringen würde, möchten wir sehr bezweifeln. Jedenfalls könnte davon dann keine Rede sein, wenn die Privilegien des Adels weiter, wenn auch in etwas geschmälerter Form, beibehalten würden. Es ist uns schlechterdings unverständlich, daß eine Volksvertretung zu ihrem eigenen Schaden die historisch überlebte Institution des Oberhauses, zumal in einem so kleinen Staate wie Baden neu belebt und deren Einfluß auf die Gesetzgebung und Entwickelung dadurch stärkt. Die berufsständische Vertretung in der Ersten Kammer ist u. E. eher ein Rückschritt, als ein Fortschritt, zumal wenn der Adel in derselben eine privilegierte Stellung einnimmt. Die Sozialdemokratie steht nach wie vor auf dem Standpunkt der Beseitigung der Ersten Kammer.

Der Einführung der Proportionalwahl für das ganze Land steht das Zentrum noch immer ablehnend gegenüber, und dies, obwohl es diese Forderung schon vor 20 Jahren selbst aufgestellt hatte. Eine Einführung der Proportionalwahl bloß für die großen Städte mit mehreren Abgeordneten lehnt die Sozialdemokratie und lehnen die Nationalliberalen und die Fortschrittler ab und das mit Recht. Wir möchten indessen die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch das Zentrum seinen Widerstand gegen den allgemeinen Proporz fallen lassen wird.

Wer ernsthaft bestrebt ist, den Einfluß der Volksvertretung zu stärken, indem man den Weg zur Bildung politisch aktionsfähiger Arbeitsgemeinschaften freimacht, der muß vor allem dafür sorgen, daß die Wahlkämpfe auf ein höheres Niveau gehoben werden. Das aber ist nur möglich, wenn bei den Wahlkämpfen nicht die Wahltaktik zur Verhütung oder Bildung irgend welcher Mehrheiten, die politisch doch nicht aktionsfähig sind, sondern die Programme, d. h. die politischen, sozialen usw. Forderungen der verschiedenen Parteien in den Mittelpunkt gerückt werden. Man mag jetzt den besten Willen haben, die wilden von Gehässigkeit strotzenden Wahlkämpfe, wie sie sich vor dem Kriege abgespielt haben, zu vermeiden, wird das Proportionalwahlrecht nicht eingeführt, dann wird die politische Brunnenvergiftung bei den Wahlen nicht aufhören. Kommen wird und muß die Proportionalwahl. Warum sie also auf die lange Bank ziehen? Wir müssen alle ohne Unterschied bestrebt sein, den politischen Kampf zu veredeln. Das liegt vor allem im Interesse des Ansehens und des Einflusses der Volksvertretung. Möge das Zentrum nicht in den Fehler verfallen, der den Nationalliberalen beim Kampf um das direkte Wahlrecht zum Verhängnis geworden ist. Auch die Parteiführer müssen solche Fragen vom staatsmännischen Standpunkt aus prüfen und beurteilen, wenn sie ihre Partei vor Schaden bewahren wollen. Der engherzige Parteiegoismus hat noch nie eine Partei vor den Folgen einer nicht mehr zu unterbindenden Entwickelung bewahrt. Was kommen muß, das kommt. —

Hinsichtlich der Stellung der jetzigen Regierung können wir uns kurz fassen. Herr v. Bodman hat als Staatsminister stark enttäuscht. Seine Reden machten nicht den Eindruck, als ob er die Führung bei der durch den Geist der neuen Zeit notwendig gewordenen politischen Umgestaltung übernehmen wollte. Sein staatsmännischer Blick ist allzusehr durch die politische Vergangenheit getrübt. Dem Geiste der neuen Zeit wird er nur insoweit gerecht, als er dazu gezwungen wird. So handelt aber kein politisch weitblickender Staatsmann. Dessen Aufgabe ist es vielmehr, die Zeichen der Zeit zu verstehen und daraus seine politischen Schlüsse zu ziehen.

Freilich, es ist ein Verhängnis, wenn man erst im Alter von 65 Jahren die politische Leitung eines Staates in die Hand bekommt. Darin erblicken wir einen der größten Mängel des Systems der reinen Beamten- und Obrigkeitsregierung, daß die Männer, die zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen werden, erst dem Greisenalter nahegerückt sein müssen, ehe sie die obersten Sprossen der Leiter der Beamtenhierarchie erklommen haben. Das wird mit der Zeit immer schlimmer.

Es ist ein anderes, Ressortminister und ein anderes, Staatsminister zu sein, zumal in einer Zeit wie der jetzigen, wo sich die größten Umwälzungen vollziehen. Da ist es mit bloßem Flickwerk nicht getan. Herr v. Bodman ist der ausgesprochenste Typ des obrigkeitlichen Beamtenministers. Mehr denn je brauchen wir aber in dieser Zeit der tiefgehenden Gärung und Umgestaltung an der Spitze der Regierungen Staatsmänner von weitem Blicke, Männer, die nicht über bürokratische oder formalistische Hindernishürden stolpern. Der Prozeß der russischen Revolution ist noch lange nicht zu Ende, seine stärksten Wirkungen werden sich erst nach dem Kriege bemerkbar machen. Darüber sollten sich unsere deutschen Staatsmänner keiner Täuschung hingeben. Die durch den Krieg hervorgetretene Veränderung in der sozialen Struktur der europäischen Staaten wird weitgreifende politische Umformungen nach sich ziehen, auch in Deutschland und nicht nur im Reiche, sondern auch in den Bundesstaaten. Je länger man sich aber gegen diese Erkenntnis sträubt, desto leidenschaftlicher werden die politischen und sozialen Kämpfe werden, desto radikaler aber auch die Folgen dieser Kämpfe. Es ist noch nie einem Staatsmann oder einer Regierung gelungen, die Gesetze der Entwickelung dauernd ignorieren zu können. Die demokratisch-sozialistische Entwickelung vollzieht sich mit elementarer Notwendigkeit. Der Weltkrieg war keine bloße Erschütterung der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, er war und ist eine Weltrevolution, die auf allen Gebieten die tiefgehendsten Veränderungen zur Folge haben wird.

Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, wird die Sozialdemokratie sich bei ihrer politischen Tätigkeit leiten lassen und wir sind unerschütterlich davon überzeugt, daß die Zukunft ihr recht geben wird.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Großes Hauptquartier, 21. Jan. (WTB. Amtlich.)

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nordöstlich und östlich von Ypern sowie an der Front von Lens bis Epehy hielt gesteigerte Artillerietätigkeit an. Südlich von Bendhuille blieben bei Abwehr eines englischen Vorstoßes Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In einzelnen Abschnitten in der Champagne und zu beiden Seiten der Maas Kampftätigkeit der Artillerien. Nordwestlich von Reims und in den Argonnen hatten kleinere Unternehmungen unserer Erkundungsabteilungen Erfolg.

*

In den beiden letzten Tagen wurden elf feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische Front. Zwischen Wardar und Doiransee lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf. In der Struma-Ebene kam es mehrfach zu Vorfeldkämpfen, die für die Bulgaren erfolgreich verliefen.

Italienische Front. Keine besonderen Ereignisse.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

WTB. **Wien**, 21. Jan. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabs.

Türkischer Bericht.

WTB. **Konstantinopel**, 20. Jan. (Nicht amtlich.) Heeresbericht. An der Palästinafront, abgesehen von feindlichem schwachem Artilleriefeuer Ruhe. Zwischen Abkach und Rikka fand ein heftiger Luftkampf statt. Oberleutnant Cronetz war gegen vier feindliche Flieger aufgestiegen und schoß einen feindlichen Flieger ab. Ein anderer feindlicher Flieger entzog sich nach Kampf der weiteren Verfolgung.

Eine neutrale Stimme zur Kriegslage.

WTB. **Kristiania**, 21. Jan. (Nicht amtlich.) „Morgenbladet" schreibt in einer Uebersicht über die erwartete deutsche Offensive an der Westfront: Die Möglichkeit für einen Durchbruch besteht, aber wenn es den Deutschen gelingt, den Alliierten eine kräftige Gegenoffensive für längere Zeit unmöglich zu machen, so hätten sie viel erreicht. Inzwischen wirkt der U-Bootkrieg unaufhörlich weiter. Selbst wenn die Deutschen ihre Offensive zu Lande aufgeben müßten, könnten sie ihre ebenso gefährliche wie wirksame Offensive zur See fortsetzen. Das können die Alliierten nicht, außer wenn sie ein Va banque-Spiel gegen die deutsche Flottenbasis wagen wollten. Die Hoffnung der Deutschen, mit den U-Booten, ihrem kräftigsten und sichersten Offensivmachtmittel, den Krieg zu gewinnen, scheint durch die Ereignisse gerechtfertigt.

702 000 B.R.T. im Dezember versenkt.

Berlin, 21. Jan. (Amtlich.) Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat Dezember 1917 insgesamt

702 000 BRT.

des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes vernichtet worden. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten U-Bootskrieges auf 8958000 BRT.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Neue Versenkungen.

Berlin, 21. Jan. (Amtlich.) Im westlichen Teil des Sperrgebiets um England fügten unsere rastlos tätigen U-Boote den Gegnern einen Verlust von 19000 BRT. Handelsschiffsraum zu. Die Mehrzahl der Schiffe wurde im Aermel- und St. Georgskanal unter stärkster feindlicher Gegenwirkung vernichtet. Unter den Schiffen befinden sich 3 größere Dampfer von über 4000 Tonnen. Ein Schiff konnte als der englische Dampfer „Colmere", der mit Kohlen nach Afrika unterwegs war, festgestellt werden.

Paris, 21. Jan. Der spanische Dampfer „Dona Nova" wurde am 15. Januar im Mittelmeer torpediert. Das Schiff konnte in den Hafen geschleppt werden.

Rotterdam 21. Jan. „Maasbode" meldet: Der frühere ungarische, jetzt unter französischer Flagge fahrende Dampfer „Tibor" (2727 BRT.), der eine Ladung Benzin führte, wurde im Hafen von Port Said durch Feuer zerstört.

Landung eines englischen Flugzeuges in Holland.

WTB. **Middelburg**, 21. Jan. (Nicht amtlich.) Meldung der Niederl. Tel.-Ag. Gestern nachmittag ging in der Umgegend von Hulst ein englischer Zweidecker nieder. Sein Insasse, der Flieger James Brand erklärte, er sei an einem Luftangriff auf Zeebrügge beteiligt gewesen. Er steckte seine Maschine sofort nach der Landung in Brand.

Ein Holländer in Frankreich wegen Spionage zum Tode verurteilt.

WTB. **Bern**, 21. Jan. (Nicht amtlich.) Mit welch unerhörten und eines zivilisierten Volkes unwürdigen Mitteln die Franzosen selbst auf neutralem Boden gegen Angehörige neutraler Staaten vorgehen, besonders wenn es sich um Fälle angeblicher Spionage handelt, ergibt sich aufs neue aus einer Meldung des Schweizer Preßtelegraphen aus Genf vom 10. Januar: Das Kriegsgericht von Lyon verurteilte den deutschen Staatsangehörigen Otten, der seinerzeit unter merkwürdigen Umständen der französischen Grenzpolizei in die Hände geraten war, wegen Spionage zum Tode. Dazu wird folgender Tatbestand festgestellt: Otten ist am 3. März 1880 in Holland als holländischer Staatsangehöriger geboren. Er ist Kaufmann in Hamburg und reiste oft nach der Schweiz. Seine holländische Staatsangehörigkeit hat er nicht verloren. Er war nie deutscher Staatsangehöriger. Die Verhaftung des Otten durch die französischen Behörden spielte sich auf folgende Weise ab: Sehr bald stellte sich auf Nachforschungen seiner Frau heraus, daß Otten auf einem Motorboot unter Beihilfe französischer Polizisten mit Chloroform betäubt und willenlos den französischen Gendarmen in Hermance in die Hände gespielt wurde. Er wurde zunächst in das Gefängnis zu Thonon, später in das nach Lyon verschleppt.

Japans Rüstungen.

Von der italienischen Grenze, 21. Jan. Die italienischen Blätter melden aus Tokio: Die Militärbehörden haben ein neues Militärprogramm aufgestellt. Die Effektivbestände sollen auf 25 Armeekorps gebracht werden. Jedes Armeekorps wird zwei Divisionen zu je drei Regimentern umfassen, so daß die japanische Armee in Zukunft 50 Divisionen zählen wird. Bisher wies die japanische Armee 21 Divisionen auf. (g. K.)

Die Lage im neuen Rußland.

WTB. **Petersburg**, 20. Jan. (Nicht amtlich.) **Heute trat der ausführende Hauptausschuß der Sowjets, der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und beschloß 1.30 Uhr die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung.**

Petersburg, 19. Jan. (Pet. Tel.-Ag.) Nachdem die verfassunggebende Versammlung nach 1½stündiger Beratung gegen die Erklärung des ausführenden Zentralausschusses abgestimmt hatte, entfernten sich die Bolschewiki. Die verfassunggebende Versammlung wollte nicht die Art und Weise billigen, in der die Friedensverhandlungen von den Sowjets, die den Saal verlassen hatten, geführt wurden. Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung von Matrosen aufgelöst. Heute wird ein Erlaß erscheinen über die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung.

Stockholm, 21. Jan. Nach zuverlässigen Nachrichten aus Rußland herrscht in den Gouvernements Nowgorod, Kostroma, Wladimir, Smolensk, Moskau, besonders aber in Orenburg und Turkestan Hungersnot. Der Volkskommissar für Verpflegungsangelegenheiten hat eine Verfügung gegen die Anarchie

m Verkehrswesen erlassen. Die Verpflegung der hungernden Provinzen und der Front sei bei dem jetzigen Zustand unmöglich. Die Rote Garde und revolutionäre Freiwillige sollen die Ordnung des Bahnverkehrs wieder herstellen.

London, 21. Jan. (Reuter.) „Daily Mail" meldet aus Tientsin vom 16. Januar: Der Telegraph in Wladiwostok und Charbin ist in den Händen der Bolschewiki. Mehrere Schiffe liegen bereit, um die Japaner in Sicherheit zu bringen, falls die Lage dies erfordern sollte.

London, 21. Jan. Reuter meldet aus Petersburg vom 19. d. M.: In der konstituierenden Versammlung verlas Swerdlow die Erklärung der Arbeiterrechte. Diese verlangt, daß die russische Republik der Sowjets das Privateigentum abschafft und das Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit und den Arbeitszwang einführt, daß die Arbeiter bewaffnet und die müßigen Klassen entwaffnet werden, daß eine sozialistische Armee geschaffen und die Anleihen für ungültig erklärt werden. Die Erklärung schließt damit, daß die Macht ausschließlich den Arbeitern und Sowjets gehöre. Matrosen, mit Gewehr und Bajonett bewaffnet, standen in den Gängen und zwei Feldgeschütze waren am Eingang aufgestellt. Die konstituierende Versammlung beschloß mit 273 gegen 140 Stimmen, die Beratung der Erklärung der Arbeiterrechte zu vertagen. Daraufhin verließen die Bolschewiki und die linksstehenden Sozialrevolutionäre den Saal. Die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten nahmen trotz der Drohungen der bewaffneten Matrosen in aller Eile ihre Maßnahmen betreffend den Grund und Boden an, sowie den Vorschlag, an die Kriegführenden Abordnungen zu schicken, um einen W[illegible]en herzustellen.

Anklage gegen die Familie Romanow.

Berlin, 19. Jan. (Privatmeldung.) Dem „Temps" zufolge hat der Vollzugsausschuß der Bauernräte beschlossen, beim Vollzugsausschuß der Sowjets folgenden Antrag zu stellen: Die Familie Romanow soll unverzüglich von Tobolsk nach Kronstadt oder Petersburg übergeführt werden. Außerdem sollen alle noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Familie Romanow verhaftet werden. Es soll eine außerordentliche Untersuchungskommission zur Ausarbeitung einer Anklage eingesetzt und darauf die Familie Romanow vor einem revolutionären Tribunal angeklagt werden. Alles soll unverzüglich erfolgen, so daß sofort nach der Ankunft des Exzaren in Petersburg seine Verbrechen untersucht werden. Es heißt, der Vollzugsausschuß der Sowjet sei zum Entgegenkommen gegen diese Forderung bereit.

Die konstituierende Versammlung.

Berlin, 21. Jan. (WTB. Nicht amtlich.) Die Petersburger Regierung verbreitete folgenden Funkspruch:

Petersburg, 19. Januar.

Am 18. Januar wurde die konstituierende Versammlung eröffnet. Die Versammlung eröffnete Genosse Swerdlow. Zum Vorsitzenden wurde Tschernow gewählt. Genosse Swerdlow schlug namens des Zentralvollzugsausschusses der konstituierenden Versammlung vor, die Macht der Räte und alle Dekrete, die vom Rat der Volkskommissare veröffentlicht wurden, bis zur Klarstellung der Beziehungen der konstituierenden Versammlung zur Regierung der Räte anzuerkennen. Die Mitglieder der konstituierenden Versammlung lehnten ab. Die bolschewistische Linke der Sozialrevolutionären Fraktion verließ den Sitzungssaal. Am Tage der Eröffnung der konstituierenden Versammlung fanden Kundgebungen statt. Soldaten, Arbeiter und Matrosen nahmen an den Kundgebungen nicht teil. In Petersburg wurde ein Marine-Revolutionsausschuß gebildet. Die Ordnung in der Stadt wurde durch Matrosen und Soldaten der Roten Garde aufrecht erhalten.

Der Führer der politischen Abteilung: Nyschkow.

Erklärungen Lloyd Georges.

Telegraphisch werden uns neue Erklärungen Lloyd Georges übermittelt, die wahrscheinlich Fortsetzungen der Rede Lloyd Georges sind, deren Anfang wir veröffentlicht haben:

London, 19. Jan. (WTB. Nicht amtlich.) Reutermeldung. Zu dem Gegenstand der internationalen Konferenz zurückkehrend, sagte Lloyd George: Man würde sich nicht auf eine einzige Gruppe beschränken können, sondern die Erlaubnis auch auf andere Gruppen ausdehnen müssen. Man würde dann gruppenweise Diskussionen erzielen, in denen nicht die Aktionen als Ganzes repräsentiert würden. Der Schluß würde eine allgemeine Verwirrung sein. Es sei viel besser, daß die Arbeiter zuerst die Ansichten der eigenen Regierung ummodellieren. Die englischen Arbeiter sollten dies mit ihrer Regierung tun und das deutsche Volk mit seiner Regierung. Wenn dann die Regierungen zusammenkommen, werden sie ihre Ideen in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung ihrer Länder ausgeprägt haben. Das ist der weit wirksamste Weg.

Ein Delegierter fragte, ob die Regierung ebensolche Mittel brauche, um ihre Vorschläge den Mittelmächten vorzulegen, wie die Mittelmächte ihrerseits.

Lloyd George antwortete, die Delegierten könnten sich darauf verlassen, daß die Regierung, wenn irgend eine begründete Ansicht bestände, unter Bedingungen, die für sie (die Delegierten) ehrenhaft wären, einen

Frieden

zu schließen, den Frieden schließen würde. Es ist die Aufgabe der Regierung auf Entdeckungen auszugehen, und wir wachen und beobachten natürlich fortwährend, ob irgendwelche Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die deutsche Regierung wieder vernünftig wird. Leider muß ich sagen, daß wir nichts anderes entdecken können als eine völlige Verhärtung und feste Entschlossenheit, einen rein militärischen Triumph zu erzielen. Ueber den Ausdruck

„Die Freiheit der Meere"

befragt, sagte Lloyd George: Ich möchte gern wissen, was die Freiheit der Meere bedeutet. Bedeutet sie die Befreiung von den Unterseebooten oder die Aushungerung dieses Landes? Wir sind eine Insel und müssen mit größter Sorgfalt untersuchen, was unsere Fähigkeit, unsere Verbindungslinien über See zu schützen, beeinträchtigen könnte. Die Freiheit der Meere ist ein sehr elastischer Begriff. Man kann ihm eine Bedeutung unterlegen, für die wir uns sehr gern entscheiden würden. Wir müssen uns aber vorsichtig vor jedem Versuch einer Störung unseres Küstenschutzes hüten und ebenso vor jeder Störung unserer Schiffahrt, die es uns bisher allein ermöglichte, zu existieren.

Ein Delegierter fragte: Ist der Premierminister willens, angesichts der erklärten Einstimmigkeit der Alliierten zu erklären, daß Schritte unternommen wurden, um

die Kriegsziele Amerikas und der Alliierten

zu konsolidieren, damit Deutschland eine einheitliche Front entgegengestellt werden könne.

Lloyd George antwortete, dieser Vorschlag habe sehr viel für sich. Wir hofften auf der Konferenz in Paris, die vor etwa zwei Monaten arbeitete, dazu in der Lage zu sein. Vertreter der russischen Regierung kamen herüber. Aber inzwischen ereilte sie das Verhängnis. Ihre Regierung wurde aus dem Amte verjagt. Es folgte eine Periode der Verwirrung, der Anarchie und des Bürgerkriegs, so daß zur Zeit der Konferenz niemand da war, um für Rußland zu sprechen. Es war ganz unmöglich, eine Koordinierung der Kriegsziele der Alliierten in Abwesenheit der Vertreter der russischen Regierung zu versuchen und das war die Ursache, warum die Beratungen darüber nicht beginnen konnten. Eine große Zahl von Schwierigkeiten entstand durch die Forderungen, die von der früheren russischen Regierung gestellt worden waren.

Konstantinopel

war eines der Probleme. Wir hätten Konstantinopel als Kriegsziel ohne Zustimmung der russischen Regierung nicht fallen lassen können. Ich gebe zu, daß, wenn über die Kriegsziele der Alliierten, die von Wilson und von mir dargelegt wurden, irgend ein Zweifel bestünde, eine neuerliche Zusammenkunft wünschenswert wäre. Aber bisher herrscht nur vollkommene Uebereinstimmung.

Ein Delegierter fragte: Will Lloyd George kurz erklären, was er unter

„Neuaufberaten der Stellung Elsaß-Lothringens"

versteht.

Lloyd George antwortete: Ich habe meine Ansicht ganz deutlich mitgeteilt. Meine Ansicht ist, daß **das Volk dieses Landes dem französischen Volk beistehen will.** Die Franzosen müssen entscheiden. Ihr müßt bedenken, daß dies in Wirklichkeit keine territoriale Frage ist. Es handelt sich nur um ein wesentliches Prinzip. Elsaß-Lothringen war für Frankreich fast 46 Jahre eine offene Wunde. Die Franzosen konnten während dieser ganzen Zeit nicht in Frieden leben. Ihre Ansicht ist zweifellos, daß es keinen Frieden mit Deutschland gibt, bis diese Frage ein- für allemal erledigt ist und daß die Angelegenheit bereinigt werden muß, wenn es nicht zu einer **ganzen Serie von Kriegen in Europa** kommen soll. Unsere Ansicht ist deshalb, daß das französische Volk in erster Linie selbst zu entscheiden hat, was es als Gerechtigkeit betrachtet, und die Regierung ist entschlossen, der französischen Demokratie in ihrem Kampfe beizustehen.

Ein Delegierter fragte: Ist es das französische Volk oder das Volk von Elsaß-Lothringen, das über seine Lage klagte?

Lloyd George antwortete,

die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen

hat nie aufgehört zu klagen, aber ihr müßt bedenken, was sich dort ereignet hat. Ein sehr beträchtlicher Teil der elsaß-lothringischen Bevölkerung wurde von den Deutschen gewaltsam expropriiert und einige von ihnen wurden aus dem Lande vertrieben und wenn ihr die wirkliche Bevölkerung von Elsaß-Lothringen nehmt, so besteht absolut kein Zweifel, daß deren **überwiegende Mehrzahl für die Rückkehr unter die französische Flagge** ist. Ich erinnere mich einmal über die Vogesen nach Elsaß-Lothringen gegangen zu sein. Es war spät abends. Wir hielten vor einem kleinen Gasthause auf französischer Seite. Die deutsche Grenze war ein oder zwei Meilen hinter uns und die alten Leute, die das Gasthaus hielten, erzählten uns, daß jeden Sonntag Arbeiter und Bauern von der deutschen Seite auf französisches Gebiet herüberkommen, um den Sonntag unter französischer Flagge zu verleben.

Ein Delegierter fragte, ob Lloyd George sich sofort verpflichten wolle, daß im Falle der Erzielung eines Abkommens wie es von ihm angedeutet worden sei,

die militärische Dienstpflicht

ohne Verzug in England rückgängig gemacht würde.

Lloyd George antwortete: Ich hoffe es und wir kämpfen darum, daß nicht im eigenen Lande, sondern in allen Ländern Verhältnisse eintreten, die die Dienstpflicht rückgängig machen. Wenn es nicht gelingt, diese Bedingungen durchzusetzen, werde ich persönlich das Gefühl haben, daß wir eines unserer wichtigsten Ziele nicht erreichten. Wir wollen das, was jetzt geschieht, für immer unmöglich machen. Ihr müßt in den anderen Ländern ein Ende machen.

Hierauf machte der Minister im Kriegskabinett Bornetz eine Mitteilung über eine Untersuchung, durch die endgültig festgestellt worden sei, daß die Behauptung eines Teils der Presse, daß eine Finanzkonferenz in der Schweiz abgehalten worden sei, unbegründet sei.

In seinem Schlußwort sagte Lloyd George, es sei für die, denen die Regierung des Landes anvertraut sei, doch gut, mit denjenigen in Berührung zu kommen, die seine wichtigsten Faktoren im Lande darstellten. Vielleicht sei es auch für sie nicht ohne Nutzen gewesen, mit dem Ministerium in Berührung zu kommen, dann sei es am besten, sich offen auszusprechen.

•

Die Aufnahme der Rede Lloyd Georges.

Amsterdam, 21. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Das „Allgemeen Handelsblad" meldet aus London: Lloyd Georges Rede an die **Delegierten der Gewerkschaften** machte einen vorzüglichen Eindruck. Daily Chronicle lobt die Rede im allgemeinen, ist aber in einem Punkte nicht damit einverstanden. Das Blatt fragt, warum soll es den Vertretern der britischen Arbeiter nicht gestattet werden, die Arbeitervertreter der feindlichen Länder zu treffen? Die Friedensverhandlungen müßten natürlich durch die Regierungen geführt werden. Ein Gedankenaustausch könnte nur gute Wirkungen haben. Die „Times„ schreibt: Die Aufnahme, die Lloyd Georges Rede gefunden hat, beweist, daß die Anhänger einer Waffenstreckung sehr in der Minderheit sind. Je mehr den Arbeitern klar gemacht werde, worum es sich handelt, je mehr sie fühlen, daß alle Klassen das ihrige zu der großen Aufgabe beitragen, desto mehr würden sie durchhalten und mithelfen, sich selbst, ihr Land und die Grundsätze der Alliierten zu retten, die allein die Welt vor dem Untergange bewahren würden.

Ausland.

Beendigung der Arbeiterstreiks in Oesterreich.

Wien, 21. Jan. Die Regierung erklärte sich bereit, der sozialistischen Forderung in der Ernährungsfrage nach Einschränkung der Privilegien der Selbstversorger zuzustimmen, die Demokratie des Gemeindewahlrechts mit Frauenwahlrecht zu fordern und ferner die Militarisierung der Kriegsbetriebe aufzuheben. Die Regierung trachtet danach, einen baldigen allgemeinen Frieden herbeizuführen und keine Erwerbungen in Rußland zu machen; Polen als selbständigen Staat könne sein Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn selber regeln. Darauf forderte der sozialdemokratische Arbeitervorstand die Arbeiterschaft auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, was auch heute morgen geschah.

Der Rat von Flandern.

Brüssel, 21. Jan. (WTB. Nicht amtlich.) Das zentrale vlämische Pressebüro veröffentlicht folgende Mitteilung des Rates von Flandern: Entsprechend den in seinen ersten Kundgebungen vor Jahresfrist festgestellten Zielen hat der Rat von Flandern in seiner allgemeinen Versammlung am 22. Dezember 1917 feierlich und einstimmig Flanderns vollständige Selbständigkeit beschlossen. Im Verfolge dieser Erklärung legte der Rat von Flandern sein ihm von der vlämischen Landestagung am 4. Februar 1917 übertragenes Mandat nieder und wird sich einer Neuwahl unterziehen, die dem vlämischen Volke Gelegenheit geben soll, seinen Willen zu dieser Beschlußfassung des Rates kundzugeben.

Deutsches Reich.

Im Meininger Landtag

kam es bei dem zweiten Versuch einer Abstimmung über die Selbständigmachung der Kirche abermals zur Obstruktion durch die Sozialdemokraten. Ein Antrag der letzteren, den Tagesordnungspunkt abzusetzen, wurde nicht beachtet, vielmehr sofort zur Abstimmung geschritten. **Darauf verließ die gesamte sozialdemokratische Fraktion den Sitzungssaal.** Obwohl nun der Landtag wiederum beschlußunfähig war (es müssen von den 24 Mitgliedern mindestens 16 anwesend sein, es waren aber nur 15 im Saal), ließ der Präsident trotzdem abstimmen und die Bürgerlichen nahmen auch das Gesetz an. Die Abstimmung ist jedoch ungültig. Auch die bürgerlichen Abgeordneten sind ihrer Sache keineswegs sicher. Sie werden wahrscheinlich ein Gutachten des Staatsrechtslehrers Laband über die Rechtsgültigkeit der Abstimmung einholen. Unsere Genossen werden dafür sorgen, daß die Geschäftsführung des Landtags auch in diesem Falle nicht zu Ungunsten der Minderheit vergewaltigt wird.

Eine Aufklärungswoche für die Agrarier.

In Dortmund sind über 200 Landwirte, Geistliche, Gemeindevorsteher usw. aus den landwirtschaftlichen Bezirken des Ostens und Mitteldeutschlands eingetroffen, für die eine sogenannte Aufklärungswoche veranstaltet wird. Es sind eine Reihe von Vorträgen von Beamten, Unternehmern und Arbeitervertretern vorgesehen; u. a. wird auch unser Genosse Reichstagsabgeordneter Max König den Herren einen Vortrag halten. Ferner sollen Besichtigungen großindustrieller Einrichtungswerke, Zechen und kriegswirtschaftlicher Einrichtungen, sowie ein Zusammensein mit Industriearbeitern und -Beamten stattfinden, wodurch die Bedeutung des Industriebezirks für die Kriegsführung und die Notwendigkeit einer vermehrten Lieferung von Lebensmitteln dargetan und ein besseres Verhältnis zwischen Stadt und Land angebahnt werden soll. Der Zweck ist ganz löblich, ob er erreicht wird, ist eine andere Frage. Jedenfalls werden die Landwirte sich durch Augenschein überzeugen können, daß das Leben der industriellen Arbeiter der Großstadt doch etwas anders aussieht, als sie gewöhnlich anzunehmen scheinen. Von dem Maße intensiver Arbeit und materieller Not, wie sie jetzt auf dem Arbeiter ruht, haben die Landwirte keine blasse Ahnung.

Rückwärtsrevidierung der sächsischen Landtagsordnung.

Die sächsische Regierung hat dem Landtage einen Entwurf einer Landtagsordnung zugehen lassen, die zwar einige formelle Verbesserungen bringt, sonst aber eher ein Rückbildungsversuch als eine Reform ist. Die von verschiedenen Seiten geforderten kleinen Anfragen, die sich im Reichstage bewährt haben, bringt die Vorlage nicht, offenbar, weil man davon einen größeren Einfluß des Landtags befürchtet, dagegen soll der Landtagspräsident verpflichtet werden, die Regierungsvertreter gegen Angriffe (nicht etwa nur gegen beleidigende Ausfälle) zu schützen. Besonders arg ist aber, daß der Landtagsordnung folgender neue Passus eingefügt werden soll:

„Verletzt ein Kammermitglied in gröblicher Weise die Ordnung, so kann auf Vorschlag des Präsidenten die Kammer beschließen, daß das Mitglied auf bestimmte Zeit, jedoch höchstens für 3 Monate, aus der Kammer auszuschließen sei".

Dadurch hofft man wohl in Zeiten heftigster parlamentarischer Kämpfe die Opposition knebeln zu können. Statt einer freiheitlichen Ausgestaltung eine reaktionäre Rückbildung. — Das offenbart wieder einmal die stockreaktionäre Richtung in der Kriegszeit.

Baden.

Die 3. badische Regierungsdenkschrift über die Kriegsmaßnahmen

Die der Ersten und Zweiten Kammer in der vergangenen Woche zugegangene dritte Denkschrift der bad. Regierung über ihre wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges umfaßt die Jahre 1916 und 1917. Die Denkschrift behandelt in sehr eingehender und klarer Weise alle Regierungsmaßnahmen auf dem großen Gebiet der Kriegswirtschaft. Sie beginnt mit einer Darstellung der Beteiligung der Staatsbeamten und Arbeiter am Kriegsdienst und an den Kriegsanleihen und geht dann über zu den Maßnahmen auf den Gebieten der Land- und Forstwirtschaft, der Jagd und Fischerei. Dabei wird auch der bad. Landwirtschaft für ihre Arbeit Anerkennung gezollt und der Mitwirkung von Kirche und Schule gedacht. In diesem Kapitel erfährt man dann auch, daß die in Aussicht genommene Gründung einer „Landbank" noch nicht zur Tatsache geworden ist, weil die von der Regierung aufgenommenen Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Weiter findet sich dann die Mitteilung, daß trotz der langen Dauer des Krieges und ungeachtet der empfindlichen Eingriffe besonders in den Rindvieh- und Schweinebestand bis jetzt eine zu ernstlichen Befürchtungen Anlaß gebende Schwächung

der Viehbestände in Baden nicht eingetreten ist. Auch der Gesundheitszustand der Rindviehbestände war fortgesetzt befriedigend; nur die Schweinebestände hatten etwas unter Seuchen zu leiden, auch war die Pferderäude ziemlich verbreitet. Das gab Anlaß zur Errichtung eines Pferdelazaretts.

Aus dem Gebiet der Forstwirtschaft ist dann besonders bemerkenswert, daß der meist günstige Stand der bad. Waldungen in Bezug auf Vorratsverhältnisse und Holzartenverteilung die Forstverwaltungen in die Lage gesetzt hat, den vielseitigen Anforderungen der Kriegswirtschaft in weitem Umfang gerecht zu werden. Der Erlös aus der Eichenrinde wird zwischen 2,0 und 2,5 Mill. Mk. veranschlagt, dem ein Zurichtungsaufwand von etwa 700 000 Mk. gegenübersteht und der Erlöß aus Fichtengerbrinde wird auf 1,75 Mill. Mk., der Zurichtungslohn auf 250 000 Mk. veranschlagt. Sodaß in den beiden letzten Jahren etwa 4 Mill. Mk. aus Gerbrinden in die Kasse der Waldbesitzer, davon etwa die Hälfte in jene der Privatwaldbesitzer geflossen sind und etwa eine Million bei deren Zurichtung an Arbeitslohn verdient worden ist. Die Harzgewinnung, die im Frühjahr 1916 in Angriff genommen worden ist, hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Mit der Kultur der Sonnenblume in Waldungen hat man dagegen wenig günstige Erfahrungen gemacht. Ueber den Stand der Waldwirtschaft sagt die Denkschrift, daß mit dem Steigen der Waldrente infolge hoher Holzpreise die Verbesserung des allgemeinen Waldzustandes nicht gleichen Schritt halte.

---

ph. **Ettlingen,** 21. Jan. Kleingärten. Der Gemeinderat gibt bekannt, daß wiederum 100 Aar Wiesengelände in Gartenparzellen eingeteilt, und an Liebhaber verpachtet werden sollen. Wer eigenes oder schon Pachtgelände besitzt, bleibt von der Zuweisung der Schrebergärten ausgeschlossen. Wer sich früher schon bewarb, aber kein Gärtchen erhielt, muß sich nochmal melden. Die Anmeldung muß innerhalb 8 Tagen auf der Polizeiwache erfolgen.

Mannheim, 21. Jan. Der Kaufmann Karl Kierheimer aus Mannheim verkaufte holländische Kernseife das Stück, das einhalb Pfund-Stück sein sollte, tatsächlich aber nur 180 Gramm wog, zu 8 Mk. und 8,60 Mk. Der Höchstpreis beträgt aber 8 Mk. für das Kilogramm. Das Schöffengericht nahm an, daß Kierheimer einen unrechtmäßigen Gewinn von 1792 Mk. gemacht hat und verurteilte ihn zu 2000 Mk. Geldstrafe.

Mannheim, 21. Jan. Die Ortsgruppe Mannheim des Bundes der Kriegsbeschädigten hielt ihre erste Hauptversammlung ab. Mit Rücksicht auf das Vorgehen der Berliner Kriegsbeschädigten änderte die Ortsgruppe ihre Satzungen in der Weise ab, daß sie lediglich die wirtschaftlichen Interessen der Kriegsteilnehmer wahren will und politisch und religiös strenge Neutralität übt.

Mannheim, 22. Jan. Eine hier abgehaltene von mehreren hundert Beamten und Lehrern besuchte Versammlung nahm nach einem Vortrag von Staatsanwalt Zeiler aus Zweibrücken über „Die Notlage des Beamtenstandes" eine Entschließung an, in welcher eine wesentliche Verbesserung der Zulagen etwa nach preußischem Muster und eine Besserstellung der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen gefordert wurde.

Pforzheim, 22. Jan. Die Polizei verhaftete hier den Hilfsweichenwärter Karl Ruff aus Dürrmenz und den Heizer Ernst Schmalz aals Calw, die auf frischer Tat ertappt wurden, als sie aus einem im Rangierbahnhof stehenden Güterwagen mehrere Pakete Würfelzucker und einen Zuckerhut entwendeten. Bei der Haussuchung wurde noch weiterer Zucker und Kaffee zutage gefördert.

Adelsheim, 22. Jan. In Korb wurde lt. „Heidelb. Tagbl." von zwei kriegsgefangenen Russen einem 4jährigen Knaben, der in die stark angeschwollene Hergenbach gefallen war, und der dem Ertrinken nahe war, das Leben gerettet.

Familienunterstützungen in Baden. Von Beginn des Krieges an bis 1. Oktober 1917 wurden in Baden an Familienunterstützungen 219 098 543 Mk. ausbezahlt, wovon auf Mindestunterstützungen 173 057 844 Mk. und auf Mehrleistungen 46 040 699 Mk. entfallen. An dem Betrage der Mindestbeträge hat das Reich bisher den Betrag von 28 479 000 Mk. ersetzt. Weitere 9 493 000 Mk. wurden im Januar zurückerstattet. Nach einer amtlichen Aufstellung betrugen im Großherzogtum Baden bei der Vermögenssteuer 1914 die Steueranschläge 10 322 695 000 Mk., im Jahre 1917 insgesamt 11 092 183 500 Mk. Bei der Einkommensteuer betrugen 1914 die Steuersätze 25 537 214 Mk., 1917 ohne Zuschläge 28 602 808,27 Mk. mit Zuschlägen 34 354 822,72 Mk.

* **Ausfallende Urlauberschnellzüge.** Die für den allgemeinen Verkehr freigegebenen Bedarfs-Militärurlauberschnellzüge 189 Straßburg-Mannheim-Frankfurt, Mannheim ab 9.47 Uhr; 190 Frankfurt-Mannheim-Straßburg, Frankfurt ab 12 Uhr; 33 Metz-Mannheim-Würzburg, Mannheim ab 9.41 und 32 Würzburg-Mannheim-Metz, Würzburg ab 4.50 fallen bis auf weiteres aus. Die Züge 189 und 32 verkehrten am Montag das letztemal, die übrigen Züge verkehren letztmals am 22. Jan.

Theater und Musik.

Heimatdank-Konzerte. Eine im ganzen genommen recht angenehme Unterhaltung bot das letzten Samstag Abend im Museumssaale stattgefundene Konzert dreier einheimischer Künstlerinnen, der Damen Hertha Jay von Seldeneck, Hofopernsängerin Elisabeth Friedrich und Kammervirtuosin Hedwig Marx-Kirsch. Gleichartig waren zwar die Leistungen der drei Damen nicht, denn so befriedigend an und für sich die Violinvorträge von Frau Hertha Jay-von Seldeneck waren, so gern man auch dem sauberen Vortrag der Lieder von Frl. Friedrich lauschte, es gelang den beiden Künstlerinnen doch nicht, die Zuhörer aus dem Bann der überragenden Kunst von Frau Marx-Kirsch zu ziehen. Es ist immer ein Genuß, dieser Künstlerin im Konzertsaal zu begegnen, ihr eminentes technisches Können erlaubt ihr, den geistig-seelischen Gehalte der Werke voll und restlos auszuschöpfen, so daß die Wiedergabe schlechthin vollendet ist. Der Beifall des bis zum letzten Platze besetzten Saales wollte denn auch kein Ende nehmen. Die Künstlerin mußte mit einer Beigabe danken. Nicht recht warm werden konnte man bei dem Violinspiel von Frau Jay-Seldeneck; einzelne Sachen gelangen ihr zwar recht gut, bei andern jedoch gelang es ihr nicht, neben der technischen Wiedergabe auch dem geistigen Gehalte gerecht zu werden, vor allem vermißten wir bei dem Vortrag der Sonate für Violin und Klavier, Es-dur- von Mozart jede seelische Vertiefung. Die Klavierbegleitung von Frau Marx-Kirsch interessierte weit mehr. Von den Liedern, die Frl. Friedrich sang, die in letzter Stunde an Stelle der erkrankten Frau Lauer-Kottlar einsprang, gefielen im besten jene von F. Hayda und Schubert, sie lagen auch ihrer Stimme am besten. Auch ihr wurde wie auch Frau Jay-von Seldeneck freundlicher Beifall zuteil.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht Karlsruhe.

Karlsruhe, 21. Jan. Unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Dr. Dölter (beisitzende Richter: die Landgerichtsräte Heim und Weißer) fand heute die Tagung des Schwurgerichts im ersten Vierteljahr 1918 statt.

Erster Fall der Tagesordnung war die Anklage gegen die Ehefrau des Chorsängers Hermann Keller Maria Else geb. Probst aus Basel wegen versuchten Totschlags. Geladen waren 10 Zeugen und 1 Sachverständiger. Der 34 Jahre alten Angeklagten wurde von der Anklage vorgeworfen, sie habe am 11. August 1917, morgens ¼7 Uhr, in ihrer Wohnung in Karlsruhe mit einem Vorschneidemesser, das sie ihrem Ehemann in den Hals stieß, diesen zu töten versucht. Die Vernehmung der Angeklagten hatte folgendes Ergebnis: Die Angeklagte wurde in Basel geboren als Tochter eines Zimmermanns. Sie besuchte dort die Volksschule. Im Jahre 1907 heiratete sie ihren Ehemann, dem sie mehrere Kinder gebar, von denen ein Knabe im Alter von 9 Jahren noch am Leben ist. Da sich die Ehegatten nicht gut verstanden, kam es zu verschiedenen Ehescheidungsprozessen, die aber nicht zur Trennung der Ehe führten. Einige Monate im Jahr 1917 war die Ehefrau aus der gemeinschaftlichen Wohnung ferngeblieben. Es kam jedoch eine Verständigung zustande und die Frau kehrte in die eheliche Wohnung zurück. Die Tat gab die Angeklagte zu; sie behauptet, diese Tat verübt zu haben, weil sie befürchtete, sie könne ihren Ehemann, den sie noch liebe, verlieren. Wie Zeugen aussagten, hatte die Angeklagte ihrem Ehemann und ihrem Kinde mehrere Wochen vor dem Todschlagsversuch gedroht, sie wolle ihnen den Hals abschneiden. Als die Tat geschehen war, behauptete die Angeklagte, drei Männer hätten ihren Ehemann gestochen. Ein Sachverständiger sagte aus, daß die Angeklagte eine geistig wenig begabte Person sei; sie sei für ihre Tat verantwortlich, es könnten ihr aber mildernde Umstände in weitem Maße zugebilligt werden. Der zweite Sachverständige, der die von der Angeklagten ihrem Ehemanne beigebrachte Wunde untersucht hatte, stellte fest, daß die Wunde vollständig geheilt sei und daß der Verletzte keinen Nachteil erleiden wird. Das Messer sei ein sehr gefährliches Werkzeug gewesen. Die Gegend, in die die Angeklagte gestochen hat, sei sehr gefährlich gewesen; glücklicherweise sei aber der Stich nur leicht ausgeführt worden.

Den Geschworenen wurden vier Fragen vorgelegt: zwei Schuldfragen, eine nach Totschlagsversuch, eine nach Körperverletzung mit gefährlichem Werkzeug, ferner zwei Fragen nach mildernden Umständen.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Landgerichtsrat Dr. Engelhardt, führte aus, daß der Fall eine gewöhnliche Eifersuchtstragödie sei und beantragte die Bejahung der Frage nach Totschlagsversuches und die Frage nach mildernden Umständen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Cantor, plädierte für die Bejahung der Frage nach Körperverletzung mit gefährlichen Werkzeugen und der Frage nach mildernden Umständen.

Die Geschworenen bejahten die Frage nach Totschlagsversuchs und die Frage nach mildernden Umständen. Das Gericht verurteilte auf Grund dieses Wahrspruches die Ehefrau Keller wegen Totschlagsversuchs zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Auf die Strafe werden 2 Monate für die verbüßte Untersuchungshaft angerechnet. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Der zweite und letzte Fall betraf die Anklage gegen den 20jährigen Buchdrucker Friedrich Adolf Zorn aus Dillweißenstein und den 19jährigen Hilfsarbeiter Max Rudolf Aydt aus Pforzheim wegen Fälschung öffentlicher Urkunden aus Gewinnsucht und Diebstahls. Die Beweisaufnahme ergab folgendes: Die beiden Angeklagten waren in Pforzheim in der Buchdruckerei Ruf beschäftigt. Zorn ließ sich von einem Setzer den Satz einer Brotkarte herstellen und druckte dann in der Zeit vom Herbst 1915 bis Oktober 1916 unter Mitwirkung des Aydt achtmal je 10 Bogen Brotmarken, zu je 15 Marken. Aydt nahm die Perforierung der Markenbogen vor. Der Setzer namens Braun kam ins Feld; in der Folgezeit druckten dann Zorn und Aydt die Brotkarten allein. Hierbei wurden sie einmal von ihrem Arbeitgeber Ruf überrascht, der ihnen klar machte, daß sie eine Urkundenfälschung begangen hätten und den Satz wegnahm. Daraufhin stellten sie sich den Satz für Mehlkarten her, da dieser einfacher ist, als der Satz der Brotkarten und druckten im Oktober und im November 1916 zweimal Mehlmarken. Der Prinzipal der beiden druckte auch im Auftrage des Kommunalverbandes Pforzheim-Land Brot- und Mehlkarten. Von diesen stahl Zorn 10 Hefte. Die gefälschten Brotmarken und die Mehlscheine benutzten die Burschen, um sich mehr Brot zu verschaffen, als ihnen zustand. Beide Angeklagten sind schon vorbestraft, sie haben ihrem Brotherrn Eier, Wein, Oel und anderes gestohlen.

Den Geschworenen wurde eine Reihe von Fragen vorgelegt, von denen eine dahin ging, ob die Brotmarke eine öffentliche Urkunde sei. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Dr. Hafner, trat für die Bejahung dieser Frage ein, ebenso die der übrigen Schuldfrage und für die Frage nach mildernden Umständen ein. Der Verteidiger des Zorn, Rechtsanwalt Grosholz, gab zu, daß die Schuldfragen zu bejahen seien, er bestritt aber, daß bei der Urkundenfälschung ein Vermögensvorteil vorgelegen habe. Ferner verlangte er die Bejahung mildernder Umstände. Rechtsanwalt Dr. Trautwein kam als Verteidiger des Ayth zu derselben Ansicht.

Die Geschworenen erkannten Zorn und Ayth der einfachen Urkundenfälschung schuldig und den Zorn außerdem des Diebstahls. Das Gericht verurteilte auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen Zorn wegen Urkundenfälschung und Diebstahls zu 7 Monaten Gefängnis, abzüglich 3 Monaten 2 Wochen Untersuchungshaft, den Ayth zu 5 Monaten Gefängnis wegen Urkundenfälschung, 4 Monate Untersuchungshaft gehen an der Strafe ab. Die Haftbefehle wurden aufgehoben und die Verurteilten auf freien Fuß gesetzt.

Damit war die Tagesordnung des Schwurgerichts erschöpft und der Vorsitzende entließ die Geschworenen in die Heimat.

Neues vom Tage.

250 000-Mark-Stiftung für Strebsame. Zur Förderung Vorwärtsstrebender haben der Bremer Senator Biemann und Frau 250 000 Mark gestiftet, deren Zinsen in erster Linie dazu bestimmt sind, strebsamen jungen Bremer Kriegsbeschädigten oder strebsamen Kindern aus Bremer Familien, die durch Kriegsbeschädigung oder Tod ihres Ernährers in ihren Ausbildungsmöglichkeiten beeinträchtigt sind, eine bessere Bildung, sei es Schulbildung, sei es kaufmännische, technische, wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung, zu geben.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe,** 22. Januar.

Stummer Handel.

* In der Kriegszeit ist vielfach eine neue Handelsart erblüht, deren Geschichte zu schreiben, dermaleinst eine lockende Aufgabe für berufene Federn sein wird, der sogenannte Schleichhandel. Eine weitere unleugbare Tatsache ist, daß vielfach Handelsformen, die man längst als für ewige Zeiten abgetan betrachtete, wieder aufgetaucht sind, vor allem der Tauschhandel. Man liest heute oft Anzeigen, in denen der Verkäufer mitteilt, daß er eine bestimmte Ware abzugeben habe. Er nennt jedoch keinen Preis, sondern andere Erzeugnisse, die er als Gegenwert zu beziehen wünscht. Diese Rückkehr zu veralteten Handelsformen bringt in Erinnerung, daß vor nicht langer Zeit, und in manchen Gegenden auch jetzt noch Handeln und Feilschen als zusammengehörig betrachtet werden. Und doch gab es schon in sehr alten Zeiten einen stummen Handel, von dem Herodot erzählt. Die Karthager berichten, es gebe in Libien ein Land und Menschen, die außerhalb der Säulen des Herkules wohnen. Wenn sie zu diesem kämen, so legten sie ihre Waren außerhalb des Bereichs der Brandung nieder und zündeten ein Feuer an, während sie selbst sich auf die Schiffe zurück begäben. Sobald nun die Bewohner den Rauch sähen, kämen sie ans Meer, legten neben die Waren Gold und zögen sich wieder zurück. Dann gingen die Karthager abermals ans Land und besähen die Gaben. Wenn sie glaubten, daß ihnen eine genügende Menge Gold geboten wäre, so nähmen sie es und segelten davon. Genügte es nicht, so gingen sie wieder auf ihre Schiffe, jene aber kämen abermals herbei und legten neues Gold zu dem bereits gebrachten, bis die Verkäufer zufrieden wären. Keiner aber täte dem anderen Unrecht, denn die einen berührten nicht das Gold, bis es der Ware gleich käme, die anderen aber die Ware nicht, bis jene das Gold genommen hätten.

Auch dieser stumme Handel ist in allerdings veränderter Form im Kriege wieder auferstanden. Man stellt sich an. Wenn man glücklich an der Reihe ist, erhält man stumm einen Kassenzettel in die Hand gedrückt, stumm zahlt man (passendes Geld!), erhält seine Ware und kann gehen. Kein Wortwechsel unterbricht die feierliche Stille der Handlung. Es gibt Leute, die es als sicherstes Zeichen für den herannahenden Frieden bezeichnen, wenn die Verkäufer es für nötig finden, ihre Waren anzupreisen oder sogar ihren Kunden einige freundliche Worte zu widmen. Vielfach aber wird auch die Befürchtung laut, daß die einst oft sehr redegewandten Verkäufer durch die Uebung des stummen Handels nach dem Naturgesetz, daß Organe, die nicht gebraucht werden, sich zurückbilden und versagen, gar nicht mehr in der Lage sein werden, solchen Ansprüchen zu genügen.

---

* **Der Ortsausschuß Karlsruhe der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände** hat an alle Geschäftshäuser und Behörden des Bezirks Karlsruhe ein Rundschreiben über die Gehälter der Angestellten gesandt und eine „Denkschrift über Mindestgehälter für kaufmännische Angestellte" beigefügt. Der Ortsausschuß gab der Ersten und Zweiten Kammer hiervon Kenntnis mit der Bitte, die Bestrebungen der kaufmännischen Angestellten nach Kräften zu unterstützen. Der Ortsausschuß sprach dabei die Hoffnung aus, daß auch die Behörden den berechtigten Wünschen der kaufmännischen Angestellten volles Verständnis entgegenbringen und daß sie Gemeinde-, Staats- und Kriegslieferungen nur an solche Geschäfte vergeben, die sich zur Einhaltung der Mindestgehälter verpflichten.

* **Reichsgründungsfeier der Vaterlandspartei.** Wie wir in den Zeitungen lesen, ist die Erlaubnis zur Teilnahme des Schülerinnenchors bei der Reichsgründungsfeier der Deutschen Vaterlandspartei, wogegen wir mit unserer Notiz vom 17. d. Mt. protestierten, nachträglich zurückgezogen worden. Wir erkennen an, daß die Angelegenheit auf die nach Lage der Sache einzig richtige Art von den maßgebenden Stellen erledigt wurde.

Na. **Zur Petroleumversorgung.** Eine Stimme vom Lande beschwert sich in einer hiesigen Zeitung wegen der diesjährigen Petroleumverteilung. Es habe — heißt es — auf dem Lande großes Aufsehen erregt, daß der Kommunalverband Karlsruhe-Stadt in der Lage sei, Petroleum frei zu verkaufen und es wäre richtiger, etwaige Ueberschüsse der Stadt jenen Ortschaften zuzuweisen, die weder Gas noch elektrisches Licht haben. Zur Aufklärung sei darauf hingewiesen, daß bei dem freien Verkauf von Petroleum nicht von „Ueberschüssen der Stadt" gesprochen werden kann. Die der Stadt Karlsruhe dieses Jahr zugewiesene Menge an Petroleum reicht kaum, um den allernotwendigsten Bedarf zu decken. Von etwa 36000 hiesigen Haushaltungen konnten nur etwa 5000 mit Zuweisung berücksichtigt werden. Nur solche Haushaltungen, die weder Gas noch elektrisches Licht zur Verfügung haben, insbesondere Heimarbeiter, erhielten auf Karten ein beschränktes Quantum zugewiesen. Aus praktischen Gründen wurde nicht alles Petroleum auf einmal zur Verteilung gebracht; außerdem hat man eine kleine Menge Petroleum für den Verkauf an die übrigen Haushaltungen frei gegeben, das für die Treppen-, Flur-, sowie vor allem für die Kellerbeleuchtung notwendig ist und das in Mengen von nur ¼ Liter für die Haushaltungen abgegeben werden durfte. Bei der ständigen Fliegergefahr ist diese Zuweisung einer geringen Menge Petroleum dringend notwendig und man kann also nicht davon sprechen, daß die Stadt mit Petroleum besser versorgt wäre wie die Ortschaften des flachen Landes.

Kindsmord. Eine Näherin aus Dobel hat am 14. d. M. in ihrem Zimmer in der Amalienstraße heimlich geboren, das Kind getötet und die Leiche im Schrank versteckt, wo sie gefunden wurde. Die Täterin wurde verhaftet.

Unfall. Am Sonntag nachmittag zwischen 4 und ½5 Uhr fiel das 2½ Jahre alte Söhnchen eines im Stadtteil Rüppurr wohnhaften Büroassistenten beim Brunnenstückweg in die zurzeit hochgehende Alb und wurde vom Wasser fortgerissen, bis es von einem hinzueilenden Maschinisten, welcher in die Alb sprang, gerettet werden konnte. Das Kind war schon bewußtlos, doch waren die Wiederbelebungsversuche von Erfolg.

„Der deutsche Kriegsmännerchor Laon", von einer außerordentlich erfolgreichen Konzertreise durch das Rheinland zurückkehrend, veranstaltet am 25. Jan. im Museumssaal einen Liederabend. Der Chor setzt sich aus musikfreudigen Kameraden zusammen, wie sie sich gerade in den Genesungsabteilungen fanden, in die sie aus den Kriegslazaretten wegen Verwundung

oder Krankheit als garnison- oder arbeitsverwendungsfähig entlassen worden waren. Das Programm will der Heimat ein Bild geben von der Art, wie der Chor seine Frontkonzerte zu gestalten pflegt, wobei auch die fröhliche Muse von unseren Feldgrauen dankbarst aufgenommen wird.

Letzte Nachrichten.

Versenkt.

Berlin, 21. Jan. (Amtlich.) Neue Unterseebootserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 22000 Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten Schiffen, von denen die Mehrzahl tief beladen und bewaffnet war, konnte der bewaffnete französische Dampfer „Magellan" (6265 BRT.) mit Salpeterladung nach Frankreich festgestellt werden. Unter den übrigen vernichteten Schiffen befanden sich 2 große englische Dampfer.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. Jan. Der Unterausschuß des Hauptausschusses des Reichstags beschäftigte sich heute mit der Erfassung der Kriegsgewinne. Unterstaatssekretär Dr. Göppert stellte fest, daß Uebereinstimmung darin besteht, die Kriegsgewinne möglichst für das Reich in Anspruch zu nehmen. Ueber das Maß und den Weg zum Ziele beständen noch Meinungsverschiedenheiten. Auf Antrag des Zentrums wurde beschlossen, dem Hauptausschuß vorzuschlagen, die Kriegsgewinne scharf zu erfassen.

Der Reichskanzler wird, wie der „Berliner Lokalanzeiger" erfährt, und wie gestern abend in parlamentarischen Kreisen als ganz sicher verlautete, am Donnerstag im Hauptausschuß das Wort nehmen. Die Entscheidung darüber, ob sich an die Rede des Grafen Hertling eine Aussprache schließen wird, sei der Konferenz vorbehalten, die Herr von Kühlmann heute mit den Parteiführern über die Vorgänge in Brest-Litowsk haben wird.

Erklärung der Bolschewiki in der verfassunggebenden Versammlung.

Petersburg, 22. Jan. (Pet. Tel.-Ag.) Die beträchtliche Mehrheit des arbeitenden Rußland, die Arbeiter, Soldaten und Bauern, richtete an die verfassunggebende Versammlung die Aufforderung, die Errungenschaften der Oktoberrevolution, die Erlasse der Arbeiter- und Soldatenräte über Grund und Boden, über die Kontrolle der Arbeiter und vor allem die Autorität der Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten anzuerkennen. Der Hauptausschuß, der den Willen der beträchtlichen Mehrheit der arbeitenden Klassen Rußlands ausführt, forderte die verfassunggebende Versammlung auf, diesen Willen anzuerkennen. Die Mehrheit der verfassunggebenden Versammlung wies in Uebereinstimmung mit den Ansichten des Bürgertums diesen Antrag zurück und fordert das ganze arbeitende Rußland heraus. In der verfassunggebenden Versammlung führt die Mehrheit der revolutionären Sozialisten der Rechten die Partei der Kerenski, Awksentiew und Tschernow. Diese Partei, die sich sozialistisch und revolutionär nennt, führt das gegenrevolutionäre Bürgertum im Kampfe an. Die verfassunggebende Versammlung ist in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung das Ergebnis eines Kräfteverhältnisses, das sich vor der Oktoberrevolution gebildet hat. Die gegenwärtige gegenrevolutionäre Mehrheit ist nach alten Listen bestimmt worden und stellt sich der Bewegung der Arbeiter und Bauern in den Weg. Die Debatten im Laufe des Tages zeigen, daß die Partei der revolutionären Sozialisten, die Anhänger Kerenskis, das Volk mit Worten und Verheißungen füttert, indem sie ihm alles verspricht, aber in Wirklichkeit entschlossen ist, die Autorität der Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Bauern zu bekämpfen, ferner die sozialistischen Maßnahmen wie die Verteilung des Grundbesitzes und des ganzen Inventars an die Bauern ohne Entgelt, die Nationalisierung der Banken und die Kontrolle und Aufhebung der Staatsschulden. Da wir keine Minute lang Mitschuldige der Verbrechen der Feinde des Volkes sein wollen, so erklären wir, daß wir die verfassunggebende Versammlung verlassen.

Briefkasten der Redaktion.

H., Durmersheim. Sie müssen in dem Falle einen Rechtsanwalt zu Rate ziehen. Der Betreffende ist nachm. von 3—4 oder abends nach 6 Uhr zu sprechen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil **Hermann Kadel**; für den Inseratenteil **Gustav Krüger**, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Die nächste Badische Lotterie zur Unterstützung hilfsbedürftiger Krieger-Witwen und -Waisen findet am 1. Februar statt. Zur Verlosung kommen nur Geldgewinne im Betrage von 37 000 Mk., der mögl. Höchstgewinn beträgt 20 000 Mk. Lose zu 1 Mk., 11 Lose 10 Mk. Porto und Liste 30 Pf. empfiehlt Lotterie-Unternehmer J. Stürmer, Straßburg i. E., Langestr. 107, Filiale Kehl a. Rh., Hauptstr. Franz Pecher, Karlsruhe, Zirkel 30, Gewerbebank und alle Losverkaufsstellen.

Verkauf von Quark.

In den Fettverteilungsstellen Nr. 26 bis 37 einschließlich kommt an die eingetragene Kundschaft ab Dienstag den 22. bis Donnerstag, den 24. Januar 1918 **Quark** zum Verkauf und zwar gegen die Lebensmittelmarke H Nr 77. Die Kopfmenge beträgt 1/4 Pfund. Der Preis für das Pfund ist auf 75 Pfennig festgesetzt. 2343

Karlsruhe, den 21. Januar 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Papier. 2345

Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschaften, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Fabrik, Waldstraße 28, abzuliefern.

A. Braun & Co.

Privatspargesellschaft in Karlsruhe.

Die zur Abrechnung vorgelegten Sparbücher werden gegen Rückgabe der Empfangsscheine

Montag, den 21. Januar 1918
Dienstag, den 22. Januar 1918
Mittwoch, den 23. Januar 1918

jeweils von morgens 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr **ununterbrochen** wieder ausgefolgt.

An den genannten 3 Tagen können Einlagen weder angenommen noch zurückgezahlt werden. 2313

Karlsruhe, den 19. Januar 1918.

Der Verwaltungsrat.

Druckarbeiten aller Art liefert schnell und billig Buchdruckerei Volksfreund

Gesucht werden zu dauernder Beschäftigung einige

Schlosser

die in Maschinenreparaturen und einfachen Montagearbeiten erfahren sind. 2335

Gesellschaft Sinner
Karlsruhe-Grünwinkel.

Maurer,

ältere, zum Anfertigen von Bimszementplatten für meine Fabrik am Rheinhafen gesucht. Meldungen erbitte **Büro Karlstraße 4.** 2346

Friedrich Chr. Kiefer.

Tüchtige Stenotypistinnen

für **Kanzleien** und **Privatgeschäfte** werden für sofort und später gesucht.

Städt. Arbeitsamt 972
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100, 2. Stock.

Wegen Einberufung des bisherigen Stelleninhabers, suchen wir zum sofortigen Eintritt einen

Hilfsarbeiter

(Ausläufer) der im Radfahren geübt ist.

Buchdruckerei des Volksfreund.

Für unsere **Marmeladefabrik suchen** wir zum sofortigen Eintritt

jüngere Burschen
und
Mädchen.

Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.

Gesellschaft Sinner
2129 in Karlsruhe-Grünwinkel.

Hilfsdreher
Hilfsarbeiter

für sofortigen Eintritt gesucht. 2332

Geiger'sche Fabrik
G. m. b. H.
Rüppurrerstraße 66.

Zuverlässiger Bierführer

kann sofort eintreten bei 2334

A. Printz, Bierbrauerei, Karlsruhe.

Gesucht werden:
Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen zum Anlernen sowie
Stundenfrauen für häusliche Arbeiten
für sofort oder später. 2137

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100, 2. Stock

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten. Erna Anna, V. Friedrich Aumer, Installateur. Lina Elise, V. Georg Becker, Former. Gustav Julius, V. Gustav Göhringer, Schreiner. Franz Herbert, V. Ernst Julius Grottker, akt. Feldwebel. Eugen, V. Karl Max Vetter, Fabrikarbeiter.

Eheschließungen. Willi August Thiel, Hilfsarbeiter und Luise Rosa Bittmann. Friedrich Drauth, Schuhmacher, Karlsruhe und Sophie Friederike Sutter geborene Huber, Witwe, hier. Friedrich Schwander, Lackierer, Witwer und Elisabeth Schwab, Dienstmädchen.

Sterbefälle. Elisabetha Löffel geb Kuhn, Witwe des Schlossers Adam Johannes Konrad Löffel, 65¼ J. alt. Friedrich Wilhelm Eggenberger, Kanonier, ledig, Mechaniker, 19 J. alt. Maximilian Gebhardt, Musketier, ledig, Hilfsarbeiter, 19 J. alt. Josef Schwab, Landsturmmann in der Train-Ers.-Abt. 14, Ehemann, Bäcker aus Gutach (Wolfach), 45 J. alt. Karoline Katharina Höflin geb. Joho, Witwe des Rechnungsrates Emil Höflin 43 J. alt. Karl Gottlob Conradt, Reisender, Ehemann, 39 J. alt.

Karlsruhe, Freitag, den 25. Januar 1918, abends 7½ Uhr
im Saale des Museums

Liederabend

veranstaltet vom
„Deutschen Kriegsmännerchor Laon"
unter Mitwirkung des Konzertsängers Gefr. **Reinhold Gerhardt** (Bariton) und des Arm.-Soldaten **Meyer** (Violine).
Leitung: Unteroffizier Prof. Dr. **Fritz Stein.**

Vortragsfolge: **„Front und Heimat", „Das deutsche Lied in Ernst und Humor"**, Männerchöre von Kreutzer, Schubert, Klughardt, Conradi. Büttner, von Othegraven, Stuntz, Heinrichs etc.; ernste und heitere Volkslieder alter und neuer Zeit; Sologesänge von Schumann und Brahms usw.; Violinsoli von Gossec, Goldmark.

Eintrittskarten zum Preise von 3, 2 und 1 ℳ in der Musikalienhandlung des Herrn **Fritz Müller**, Kaiserstrasse, Ecke Waldstrasse, Telephon 388, und an der Abendkasse. 2347

Der Reinertrag ist für Kriegswohlfahrtszwecke der 7. Armee (Hinterbliebenen-Stiftung etc.) bestimmt.

Städt. Badanstalt
(Vierordtbad)
Karlsruhe.

Medizinische Bäder.

Fichtennadel-Salz (Rappenauer oder Stassfurter).
Mutterlauge u. Schwefel- (Thiopinol-)**Bäder.**
Badezeit für Herren und Damen: 8-1 Uhr vorm. und 3—8 Uhr nachm.
Samstags bis 9½ Uhr.
Sonntags geschlossen.
Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 2133

Jeder Dame,

welche ihr ausgefallenes Haar einsendet, fertige schöne **Zöpfe, Haarketten, Puppenperücken** usw. billigst an. **Defekte Haararbeiten** repariere billig.

Karl Mösch, Friseur
Aue bei Durlach. 2161

Gut empfohlener
Hausbursche
findet sofort Stellung
bei 2326
A. Lindenlaub
Kaiserstr. 191.

Zur Zucht

haben wir noch schöne und gesunde Hähne (meistens Frühbrut 1917) abzugeben von roten Rhodeländern, Plymouth Rocks, rebhuhnfarbigen Italienern und schwarzen Bantamhühnern.

Städtisches Gartenamt Karlsruhe i. B.

Einige 2342
Frauen u. Mädchen
die gerne Gartenarbeiten verrichten, finden Beschäftigung beim
Städtischen Gartenamt
Ettlingerstr 6.

Ausgekämmte
Frauenhaare
kauft
Oskar Decker, Haarhandlung
Kaiserstr. 32.

Schmiedlehrling-Gesuch. 2278

Ein kräftiger Bursche, welcher Lust hat, das Schmiedehandwerk zu erlernen, kann **sofort** oder **später**, mit oder ohne Kost, bei sofortiger Vergütung eintreten.

Joh. Brotz, Schmiedemeister
Karlsruhe, Marienstraße 18.

Rasier-Klingen
werden haarscharf geschliffen, Stück **10** Pfg. 1959
Kaiserstr. 18, Laden.

Nähmaschine
sehr gut nähend, billig zu verkaufen. 2326
Zirkel 13, 2. Stock.

Möbl. Zimmer zu mieten gesucht.
Gefl. Offerten unter **100** an die Geschäftsstelle des Volksfreund erbeten.

Naturheilkunde. Bil. od. Platen (antiqu.), **zu kaufen** gesucht. Off. unter **200** a. d. Volksfr. erbeten.

Stundenfrau für täglich oder 1 mal wöchentlich zum putzen gesucht **Waldhornstr. 8.** 3. St. 2344